Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3,40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 185 | Halver, Mittwoch, 12. August 1953 | 1953

Laniel befürchtet Diktatur

Streikwellen erschüttern Frankreich

Alle Züge blieben stehen - Seit sechs Tagen keine Postzustellung - Regierung gibt nicht nach

dmt. **Paris, 11. August**

Frankreich wird durch eine neue Streikwelle erschüttert. Die Situation wird als „explosionsgeladen" bezeichnet. In Paris fürchtet man einen neuen Generalstreik gegen die Notverordnungen der Regierung, die zur Stabilisierung der französischen Finanzen erlassen worden sind. Der Eisenbahnverkehr kam am Dienstag völlig zum Erliegen, die Post wurde bereits am 6. Tage nicht mehr ausgetragen. Rund zwei Drittel der Bergarbeiter haben ihre Arbeit niedergelegt.

Für Mittwoch wird mit dem Ausstand der Arbeiter und Angestellten in den Gas- und Elektrizitätswerken, der Matrosen, des Bodenpersonals der staatlichen Luftverkehrsgesellschaft, der Krankenhäuser, der städtischen Müllabfuhr und der Beerdigungsinstitute gerechnet. Für die Pariser Verkehrsbetriebe wollen die Gewerkschaften zu Mittwoch ebenfalls einen Streik ausrufen. Die Regierung beriet am Dienstag in mehreren Sondersitzungen über die Lage. Wie verlautet, ist sie entschlossen, in der Kraftprobe mit den Gewerkschaften unter keinen Umständen nachzugeben, sondern durch neue Dienstverpflichtungen die Ordnung so weit wie irgend möglich aufrechtzuerhalten. Ministerpräsident Laniel erklärte, daß die Zurückweisung seines wirtschaftlichen Reformprogramms leicht eine Linksregierung an die Macht bringen könne. Das könne aber zu einer Diktatur in Frankreich führen. Die Lage sei sehr ernst, denn nunmehr stünden Staatsinteressen, ja die Stabilität Frankreichs auf dem Spiel.

Am Dienstagmorgen punkt acht Uhr wurden in ganz Frankreich die Bahnhofsschalter geschlossen. Die Züge blieben, zum Teil auf freier Strecke, stehen. Hunderttausende von Touristen und Auslandsreisenden haben Notunterkünfte auf den Bahnhöfen aufgeschlagen, da ihnen vielfach die Mittel fehlen, Hotelbetten zu bezahlen. In verschiedenen Städten hat sich die Versorgungslage besorgniserregend verschärft, da die Lebensmitteltransporte nicht mehr entladen werden. Man fürchtet, daß viele hunderttausend Tonnen hochwertiger Nahrungsmittel in den Eisenbahnwaggons verderben.

Die Post- und Telegrafenarbeiter streiken nunmehr seit sechs Tagen. Zur Beförderung und Uebermittlung von lebenswichtigen Nachrichten aus dem In- und Ausland sind Polizei und Militär eingesetzt. Die Gewerkschaften haben dagegen energischen Protest bei der Regierung eingelegt und gleichzeitig aus Protest den Technischen Notdienst aus den Postämtern zurückgezogen. Ein Teil der Beamten, die von der Regierung dienstverpflichtet wurden, verbrannten den Bescheid öffentlich. Die übrigen Dienstverpflichteten wagen nur unter dem Schutz der Polizei zu ihren Dienststellen zu gehen. In Paris wurden zum erstenmal fünf Postbeamte, die ihrer Dienstverpflichtung nicht nachkamen, verhaftet.

In Biarritz kam es zu Schlägereien zwischen Badegästen und Kaufleuten einerseits und den Streikenden sowie Polizei andererseits, als die Bevölkerung versuchte, ihre Post vom Amt selbst abzuholen. In den Städten an der Riviera haben die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke die Arbeit bereits niedergelegt. In Biarritz streiken sogar die Bäckergesellen. In den übrigen Städten wird mit einer Verschärfung der Lage am Mittwoch gerechnet.

Politische Beobachter in Paris bezeichnen die Lage als katastrophal. Sie treten daher dafür ein, daß die Nationalversammlung unverzüglich einberufen werde, um im Konflikt zwischen der Regierung und den Gewerkschaften zu vermitteln. Man rechnet damit, daß die sozialistische und kommunistische Fraktion, die zusammen fast ein Drittel aller Angehörigen der Nationalversammlung umfassen, einen entsprechenden Antrag stellen werden.

In letzter Minute

Der frühere italienische Ministerpräsident de Gasperi, der Donnerstag aus seinem Erholungsurlaub nach Rom zurückkehren wird, hat endgültig eingewilligt, das Außenministerium im Kabinett Piccioni zu übernehmen.

Während der ersten Woche des Kriegsgefangenenaustausches in Korea sind insgesamt 2772 alliierte und 19 406 kommunistische Kriegsgefangene ausgetauscht worden. Der Gesundheitszustand der von den Kommunisten übergebenen Gefangenen war bei den südkoreanischen Soldaten am schlechtesten. Rund zwei Drittel von ihnen mußten auf Tragbahren oder in Sanitätsfahrzeugen befördert werden.

Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs forderte am Dienstagabend erneut die Einberufung des Parlaments zu einer Sondersitzung. Generalsekretär Mollet wurde beauftragt, mit einer Delegation am Mittwoch mit Ministerpräsident Laniel zu verhandeln.

Der Kreisverband Grafschaft Diepholz der DRP nominierte am Freitagabend in Sulingen den ehemaligen Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Dr. Naumann, als Kandidaten für die Bundestagswahl im Wahlkreis 45 (Diepholz — Melle — Wittlage).

Ein kanadischer Düsenjäger stürzte auf ein Wohnhaus in einem Montrealer Vorort. Die Maschine explodierte und setzte zwei weitere Häuser in Brand. Dabei kamen insgesamt 9 Menschen ums Leben, darunter 5 Kinder.

Ueberzeugender Sieg der kanadischen Liberalen

Sie errangen mit 173 Mandaten wieder absolute Mehrheit

dmt. **Ottawa, 11. August**

Die liberale Partei, die seit 18 Jahren in Kanada regiert, errang bei den Parlamentswahlen erneut einen überzeugenden Sieg. Sie verfügt im neuen Abgeordnetenhaus trotz einiger Stimmverluste wieder über die absolute Mehrheit.

Die fortschrittlichen Konservativen, die große Gewinne erwartet hatten, verbesserten ihre Stellung nur unbedeutend. Die Kommunisten gewannen wiederum keinen Sitz.

Nach den endgültigen Ergebnissen werden die Liberalen durch 173, die fortschrittlichen Konservativen durch 50 Abgeordnete vertreten sein. Außerdem ziehen 23 Sozialisten, 15 Angehörige der Sozialen Kreditpartei und drei Unabhängige ins Parlament. Die Splitterparteien werden durch einen Abgeordneten vertreten. Alle Mitglieder der Regierung Saint-Laurent wurden wiedergewählt. Nur Fournier verzichtete auf sein Mandat.

„Zweiter Mann" Nordkoreas beging Selbstmord

Ho Kai vertrat Moskauer Kurs — Schon seit Monaten nicht genannt

dmt. **Tokio, 11. August**

Der „zweite Mann" Nordkoreas, der stellvertretende Ministerpräsident Ho Kai beging Selbstmord, meldete der nordkoreanische Rundfunk am Dienstagabend.

Nach einem Kommuniqué des Zentralkomitees der nordkoreanischen Arbeiterpartei sind die Beweggründe Ho Kais nicht bekannt. Nach Informationen politischer Beobachter ist der Freitod Ho Kais jedoch auf politische Motive zurückzuführen. Man sagt, er habe enge Beziehungen zu den hohen Beamten unterhalten, die erst kürzlich aus dem politischen Leben ausgeschaltet wurden und die als Anhänger des „russischen Kurses" galten.

Eine inoffizielle Version besagt, Ho Kai habe politische und militärische Geheimnisse an die USA verraten. Für die Richtigkeit der ersten Ansicht spricht jedoch die Tatsache, daß Ho Kai aus Sibirien stammt und bis 1945 in Moskau gelebt hat. Er wurde erst im vergangenen Jahr zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Sein Name wurde allerdings schon seit mehreren Monaten nicht mehr genannt.

Im Mittelpunkt: Die Malenkow-Rede

Hallstein vor dem Auswärtigen Bundestagsausschuß - Kaiser nahm an Sitzung teil

ho. **Bonn, 11. August**

Der Auswärtige Ausschuß des Bundestages beendete am Dienstag seine Arbeit mit einer dreistündigen Beratung über die Sowjetnote, die Rede Malenkows, die Baden-Badener Außenministerkonferenz und den Kanzler-Vorschlag eines Sicherheitssystems, über die Staatssekretär Professor Dr. Hallstein berichtete. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der wegen seines Eintretens für eine CDU-SPD-Koalition von der Deutschen Partei scharf angegriffen worden war, nahm an der Beratung teil.

Es wurde besonders über die Haltung der Sowjetunion gegenüber Deutschland gesprochen, die sich mit der Note und der Malenkow-Rede im Gegensatz zu früheren Aeußerungen gewandelt zu haben scheint, da die Sowjetunion nicht, wie erwartet, einen für Deutschland interessanten Vorschlag macht, der die Wahlen beeinflussen könnte, sondern von der Möglichkeit der Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer allgemeinen Diskussion der Weltprobleme spricht, sich aber auf das Potsdamer Abkommen zurückzieht und anstelle Deutschlands intensiv Frankreich anspricht.

Staatssekretär Hallstein soll darauf hingewiesen haben, daß die Sowjetunion früher den Deutschen nicht nur die auch von Malenkow erwähnte nationale Einheit, sondern auch eine Nationalarmee und Souveränität als Verlockung angeboten habe, daß es aber jetzt den Anschein habe, als wolle Moskau mit einer Neutralisierung Deutschlands die alte Kriegsallianz mit den Westmächten wiederherstellen, indem es auf die Gefahr eines „aggressiven militaristischen Deutschlands" hinweise, Frankreich zur Wachsamkeit auffordere, an das gemeinsam vergossene Blut erinnere und darauf hinweise, daß die Großmächte die Verpflichtung auf sich genommen hätten, die Umgestaltung Deutschlands in einen friedliebenden Staat herbeizuführen. Das deute auf die Rückkehr zum Potsdamer Abkommen und zur Viermächte-Kontrolle.

Zu dem von Dr. Adenauer vorgeschlagenen Sicherheitssystem soll Prof. Hallstein erklärt haben, daß die europäische Integration schon in gewisser Weise russische Sicherheitsbedürfnisse befriedige, da konsolidierte und koordinierte politische und wirtschaftliche Zustände im geeinten Europa nicht mehr ständige politische Unruhe wie die souveränen Nationalstaaten hervorriefen. Die europäische Einigung und der EVG-Vertrag verhinderten ein Wettrüsten der europäischen Staaten, verböten jede Angriffshandlung und schafften eine derartige offene demokratische Kontrollmöglichkeit, daß Rußland die EVG nur als Beseitigung nationaler Unruheherde an seiner Westflanke ansehen könne. Der politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenschluß Europas sei damit der westliche Garant der russischen Sicherheit.

Malenkow habe in seiner Rede erklärt, daß man bei der Erörterung der deutschen Frage von der Sicherheit der östlichen und westlichen Nachbarn ausgehen müsse. Grundlage einer solchen Erörterung zur Befriedigung des östlichen Sicherheitsbedürfnisses könne aber keine Neutralisierung Deutschlands nach Potsdamer Muster sein, da damit weiterhin europäische Unruhe geschaffen werde. Zwar habe Rußland bislang noch keine große Neigung gezeigt, sich mit diesem Problem intensiv zu beschäftigen, aber die Malenkow-Rede, deren ganzer Tenor anscheinend das Sicherheitsbedürfnis gewesen sei, deute an, daß sich der Kreml vielleicht doch noch damit befassen werde. Politische Beobachter meinen, daß sich in diesen Ueberlegungen eine europäische Politik andeute, die von Churchill über Adenauer zu Bidault gehe und die auch wohl Thema der privaten Außenminister-Gespräche in Baden-Baden gewesen sei. Während die USA politisch von der Bedrohung durch 175 sowjetische Divisionen ausgingen, während umgekehrt die Sowjetunion von den amerikanischen Stützpunkten spreche, schalte sich Europa als neuer politischer Faktor dazwischen.



„Nur auf dem Reißbrett"

Der ehemalige sowjetische Major Leonid Nikitich Ronzhin, der als erster sowjetischer Offizier nach Stalins Tod nach dem Westen geflohen ist, sagte am 10. August in Frankfurt vor Pressevertretern, daß seiner Ansicht nach sowjetische Wissenschaftler bis jetzt nur die Formel zur Herstellung der Wasserstoffbombe gefunden hätten, aber noch nicht die Möglichkeit, sie herzustellen. Der ehemalige sowjetische Bataillonskommandeur betonte, daß er insoweit an die kürzliche Behauptung Malenkows glaube. (Foto: dpa)

Ein vernichtendes Urteil

Der Bundesvorstand der SPD hat durch ein Institut für Meinungsforschung eine Umfrage bei der westdeutschen Bevölkerung veranstalten lassen, um ihre Einstellung zu Problemen der Wirtschaftsordnung, besonders zur Frage der Sozialisierung, zu ermitteln. Bei dieser Aktion, deren Ergebnisse bisher von der SPD der Oeffentlichkeit nicht mitgeteilt wurden, in deren Besitz wir jedoch gelangten, wurden 2000 Menschen in Westdeutschland und Berlin befragt, die nach ihrer sozialen und altersmäßigen Zusammensetzung einen Querschnitt der Gesamtbevölkerung darstellen.

Die Ergebnisse zeigen, daß sowohl der Gedanke der Sozialisierung als auch das sozialdemokratische Programm zur Neuverteilung des Besitzes und der Einkommen keine Anziehungskraft mehr ausüben. Nur 22 Prozent der Befragten erwarten von der Sozialisierung eine Vermehrung des Volkseinkommens. 68 Prozent dagegen glauben, daß dieses Ziel besser durch die Entfaltung der privaten Initiative und des freien Wettbewerbs erreicht werden kann. Die Herstellung eines wirtschaftlich gerechten Zustandes erwarten nur 25 Prozent von einer Neuverteilung des Einkommens, 40 Prozent versprechen sich in dieser Hinsicht mehr von einer Vergrößerung des Volkseinkommens. 19 Prozent glauben, daß ein gerechter Zustand nie erreicht werden könne. Der Rest der Befragten hatte keine Meinung.

Aufschlußreich waren die Vorstellungen, die selbst bei der Gruppe herrschten, die sich für eine Sozialisierung ausgesprochen hat. 45 Prozent von ihnen hielten die Verstärkung des staatlichen Einflusses, die als Folge einer Sozialisierung eintreten würde, für einen Nachteil, und nur 23 Prozent für einen Vorteil. 41 Prozent glaubten, daß die Gewerkschaften im Falle einer Sozialisierung nicht stark genug bleiben würden, um ihre Forderungen gegenüber dem Staat durchzusetzen.

Auf die Frage schließlich, wer die Leitung sozialisierter Betriebe übernehmen solle, entschieden 30 Prozent für technische Fachleute, 29 Prozent für die früheren Besitzer, 14 Prozent für den Betriebsrat, nur 9 Prozent für die Gewerkschaften und 4 Prozent für die Behörden. hs.

In der Morgenfrühe

Wir wanderten durch Wälder weit
dem jungen Tag entgegen,
und morgengraue Einsamkeit
lag über unsern Wegen.

Ein Vogelwispern zaghaft klang
aus regenfeuchtem Laube.
Am dunklen Fichtenforst entlang
strich schon die Ringeltaube.

Die Wasser, bis zum Grunde klar,
durch Wald und Wiesen rauschten.
Wie nah mein Herz dem deinen war,
als wir dem Bachlied lauschten.

In deinem Antlitz, sonnenbraun,
die roten Lippen blühten,
und überm grauen Weidenzaun
die Ebereschen glühten.

O heller Tag, mein Herz das sang
mit Lerchen, Bach und Winden.
O morgenfrischer Waldgesang,
der mich dein Herz ließ finden.

Richard Althaus

Halver

Manöverschäden sofort melden!

Wie wir bereits angekündigt hatten, finden im Raum Halver in den nächsten Wochen Herbstmanöver der alliierten Truppenverbände statt. Hinsichtlich der Anmeldung von Manöverschäden verweisen wir auf die Amtliche Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil.

In der Woche 24 Verkehrsunfälle

Nach Mitteilung des Polizeikreises ereigneten sich in der Zeit vom 27. Juli bis 2. August innerhalb des Kreisgebietes 20 Verkehrsunfälle, wobei 15 Personen verletzt wurden. In der Zeit vom 3. August bis 9. August kam es im gleichen Gebiet zu 24 Verkehrsunfällen, bei denen 13 Personen verletzt und 1 Person getötet wurden.

Kapellenwagen-Mission zog weiter

Wie wir bereits berichtet hatten, hielt sich der Wagen der Kapellenmission längere Zeit im Bereich der Gemeinde Halver auf. Nunmehr ist die Mission, die zum Schluß ihr Standquartier in Carthausen aufgeschlagen hatte, zu Ende. Sie hatte reges Interesse gefunden, und war stets gut besucht. Ihr nächstes Ziel ist nunmehr Dahl.

Neueröffnung der Konsumgenossenschaft

Aus Anlaß der Eröffnung des neuen Ladens hält die Konsumgenossenschaft, wie aus dem heutigen Anzeigenteil hervorgeht, morgen abend eine Genossenschaftsversammlung ab. Die neue Verteilungsstelle in der Frankfurter Straße wird am Freitagmorgen eröffnet.

Was für die Wahl zu beachten ist!

Wichtige Einzelheiten für die kommende Bundestagswahl finden unsere Leser in einer Bekanntmachung der Amtsverwaltung Halver, die im heutigen Anzeigenteil erscheint.

Oberbrügge/Ehringhausen

Unsere erfolgreichen Sänger

Wie wir bereits berichtet hatten, nahmen auch die Sänger des MGV „Westfalia", Ahelle, und MGV Oberbrügge an dem Gesangwettstreit in Eiserfeld (Siegerland) teil. Dabei errang der MGV „Westfalia" in der 4. Klasse den dritten Klassenpreis, den ersten Ehrenpreis, den ersten Hauptehrenpreis und belegte ferner den 2. Platz für das allerhöchste Singen. Der MGV Oberbrügge errang in der 3. Landesklasse den 3. Klassenpreis.

Schalksmühle

Es entstand Sachschaden

Gestern vormittag stieß in der Bergstraße in der Nähe der Apotheke ein Volkswagen mit einem Lastwagen zusammen. Dabei entstand leichterer Sachschaden.

SGV-Abendwanderung fällt aus

Die für heute abend vorgesehene Wanderung des SGV fällt aus. Dafür findet sie am Samstag, dem 22. August, statt.

Picknick der Sänger

Am kommenden Samstag veranstaltet der MGV Kuhlenhagen bei der Gastwirtschaft Steinert ein Picknick.

Ein Papierkorb lädt ein

An der Treppe beim Kaffee Schulz wurde jetzt ein Papierkorb aufgestellt, der der Sauberkeit des Ortsbildes dienen soll. Wünschenswert wäre es, wenn derartige Körbe auch noch an weiteren Stellen aufgestellt würden.

Drei Urteile unseres Schöffengerichts

im Zeichen des versdhärften Verkehrsstrafrechts

Trunkenheit am Steuer wird hart bestraft - Alkoholisierte Kraftfahrer sind der Schrecken der Straße

Seit Jahren kämpfen die Gerichte in der Bundesrepublik, aber auch die Oeffentlichkeit — und hier insbesondere die Presse — gegen die Verkehrsraserei und besonders gegen das Schlimmste aller Verkehrsübel, die Trunkenheit am Steuer. Nachdem alle Warnungen und Ermahnungen bei einer gewissen Kategorie von Kraftfahrern auf taube Ohren stießen, sah sich der Deutsche Bundestag veranlaßt, mit dem Straßenverkehrssicherheitsgesetz den Gerichten ein Instrument in die Hand zu geben, das es ihnen ermöglichte, mit jener Härte gegen sonst unbelehrbare Kraftfahrer und insbesondere gegen die Trunkenheit am Steuer vorzugehen, die allein geeignet ist, die Unvernünftigen zur Vernunft zu bringen und bisher Unbelehrbare eines Besseren zu belehren.

Die Auswirkungen dieses verschärften Verkehrsstrafrechtes beginnen jetzt, sich in den Urteilen gegen unvernünftige Kraftfahrer und besonders gegen solche zu zeigen, die sich mit Alkohol ans Steuer eines Fahrzeuges setzen. Die nachstehend aufgeführten Urteile des Lüdenscheider Schöffengerichts gegen alkoholisierte Kraftfahrer mögen als Beispiel dafür und als eindringliche Warnung an alle Leichtsinnigen dienen.

Der markanteste und wohl auch bekannteste dieser drei Fälle, die binnen acht Tagen zur Verhandlung und Aburteilung kamen, dürfte wohl der des 34jährigen Berufskraftfahrers Joachim B. aus Lüdenscheid sein. Mit einem gemieteten Volkswagen war er am Abend des Ostersonntags mit drei noch etwas jüngeren Freunden zu einer Fahrt ins Blaue aufgebrochen, die sich zu einer ausgesprochenen Bierreise entwickelte. Von dieser Bierreise kehrte das österlich-fröhliche Quartett am Ostermontag gegen 14 Uhr in die Bergstadt zurück. Es wäre gegen die Bierreise auch nichts einzuwenden gewesen, wenn wenigstens einer der Vier — der natürlich im Besitze eines Führerscheins hätte sein müssen — nüchtern geblieben wäre.

Leider war das nicht der Fall. Trotz seines alkoholbeschwingten Zustandes setzte er sich an das Steuer des Volkswagens und knallte in der großen Kurve der Hochstraße an der Einmündung der Breslauer Straße auf der linken Straßenseite mit einem in Richtung Höh fahrenden Mark-Sauerland-Omnibus zusammen, da der von B. gesteuerte Volkswagen infolge zu hoher Geschwindigkeit aus der Kurve getragen wurde und auf die linke Straßenseite geriet. Tiefere Ursache jedoch waren die 2,1 pro Mille Alkohol, eine Menge, bei der der mittlere Rausch beginnt, die B zu dieser Zeit im Blute hatte.

Wenn es bei diesem Unfall bei Sachschaden blieb und kein Personenschaden entstand, so war das ausschließlich der Geistesgegenwart des MS-Fahrers zu verdanken, der den Omnibus noch

in letzter Sekunde auf den Bürgersteig

lenkte, so daß aus dem sonst unvermeidlichen schweren Zusammenstoß mehr ein gegenseitiges Streifen der beiden Fahrzeuge wurde. Bei einem frontalen Zusammenstoß hätte das Ergebnis sehr leicht ein gleiches wie kürzlich bei dem tragischen Zusammenstoß bei Kierspe-Bhf. sein können, der vier Menschen das Leben kostete.

Das Lüdenscheider Schöffengericht verurteilte B. wegen des von ihm verursachten und auf Grund des vor Antritt der Fahrt genossenen Alkohols von ihm allein zu verantwortenden Verkehrsunfalls zu fünf Monaten Gefängnis. Sein schon beschlagnahmter Führerschein wurde eingezogen und ihm die Erlaubnis, ein Kraftfahrzeug zu führen, für die Dauer von drei Jahren versagt. — Die von der Staatsanwaltschaft behauptete Fahrerflucht des Angeklagten, der noch bis zur Einmündung der Staberger Straße in die Hochstraße weitergefahren war, sah das Gericht nicht für ausreichend erwiesen an, so daß insoweit Freispruch erfolgte.

Vor Beginn der Fahrt eine Flasche „Klaren"

Mit je zwei Monaten Gefängnis kamen zwei andere Angeklagte davon, die ebenfalls unter Alkoholeinfluß ein Kraftfahrzeug geführt hatten. Der 29jährige Oskar L. aus Leifringhausen war am 21. April, gegen 17 Uhr, aus Brüninghausen kommend in die Bundesstraße 229 eingebogen, um in Richtung Werdohl weiterzufahren. Vor Antritt und während der Fahrt hatte er mit seinem Beifahrer G. eine Flasche „Klaren" geleert und außerdem noch eine Flasche Bier getrunken. Mit 2,57 pro Mille Alkohol im Blute überholte er mit seinem alten „Olympia" in der Kurve in der Nähe der Fabrik Selve trotz eines entgegenkommenden Remscheider Lkw's, einen Lastzug, was zur Folge hatte, daß alle drei Fahrzeuge in Kollision gerieten. Sein Beifahrer, dessen geringere Schuld lediglich darin bestand, daß er nicht am Steuer gesessen hatte, wurde dabei im Gesicht verletzt und blutete stark. Wenn L. trotz seines gegenüber B. zur Unfallzeit noch wesentlich höheren Blutalkoholgehaltes mit nur zwei Monaten Gefängnis und nur einem Jahr Fahrverbot wesentlich billiger davonkam, so wohl deshalb, weil er kein für den Personenverkehr bestimmtes, öffentliches Verkehrsmittel gefährdet hatte.

„Entweder Richtfest feiern oder Motorrad fahren"

Wesentlich harmloser war der Fall eines 26jährigen Maurers aus Arnsberg, der nach einem Richtfest und anschließender Bierreise vom Lokal „Sanssouci" aus samt Soziusfahrer mit seinem Motorrad davonbrausen wollte. Dank der Aufmerksamkeit des Wirtes von „Sanssouci" kam er nicht weit, sondern wurde schon auf der Talstraße von einer Verkehrsstreife der Schutzpolizei in Empfang genommen. Sein Blutalkoholgehalt zur Tatzeit betrug 2,07 pro Mille; das Urteil des Schöffengerichts lautete auf zwei Monate Gefängnis, die ihm aber für drei Jahre auf Bewährung gesetzt wurden. Der Kommentar des Gerichtsvorsitzenden zu diesem — verhältnismäßig harmlosen — Fall lautete: „Entweder Richtfest feiern oder Motorrad fahren — aber nicht beides." Der Führerschein und die Fahrerlaubnis wurde diesem Angeklagten nicht entzogen.

Aus dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend

Jugend aus Halver und Oberbrügge unterwegs

Auf Radtour ins Münsterland — Zeltlager bei Overath und Grevenbrück — Auch eine Eifelfahrt

Unsere Jungen und Mädel von den heimischen Gruppen der katholischen Jugend wissen die Zeit der großen Ferien wohl zu nutzen. Schon lange vorher wurden die Fahrtenpläne geschmiedet und nun ist die Zeit gekommen, da sie verwirklicht werden. Dies gilt in gleichem Maße von den Halverschen wie Oberbrügger Gruppen.

Da ist zunächst die Halversche Jungengruppe, die auf Radtour unterwegs ist. Am Dienstag der vorigen Woche sind sie mit dem Ziel Münsterland gestartet. Morgen wollen sie erholt und mit vielen neuen Eindrücken zurückkehren.

An den Rhein, insbesondere nach Andernach, hat sich in der vorigen Woche die Gruppe der größeren Halverschen Mädchen begeben, während für die kleineren zwei Zeltlager, Unterbringung zum Teil auch in Scheunen, in der Nähe von Overath vorgesehen sind. Zwei Gruppen werden sich dort je eine Woche aufhalten. Die erste befindet sich bereits dort.

Auch die Oberbrügger Jungen und Mädchen im Bund der Deutschen Katholischen Jugend haben ähnliche Vorbereitungen getroffen.

Mit dem Autobus von Kattwinkel startete am Montagmorgen die Jungschar zu ihrem Zeltlager bei Grevenbrück. Die Jungschärler wollen 14 Tage lang im Lager bleiben. Die Frohschar fährt in den nächsten Tagen nach Overath zu ihrem Sommerlager, das ebenfalls annähernd 14 Tage dauern soll. Die Jungenschaft wird in Kürze zu einer zweiwöchigen Eifeltour aufbrechen, während die Gruppe für die Aelteren in der letzten Woche teilweise an der internationalen Jugendfahrt nach Altenberg teilnahm.

So sind die Jungen und Mädel aus Halver und Oberbrügge in diesen Tagen vielfältig unterwegs, um in echter Gemeinschaft ihre idealen Ziele zu verfolgen.

Nicht alle Halveraner wissen es . . .

. . . daß im Kreisgebiet heute schon rund 145 000 Einwohner leben.

. . . daß durch die anhaltende Bevölkerungszunahme jetzt bereits 220 Einwohner auf einem Quadratkilometer zusammengedrängt leben müssen.

. . . daß 16 Prozent der Einwohner Heimatvertriebene sind.

. . . daß sich unter jeweils tausend Einwohnern leider immer noch 22 unterstützungbedürftige Personen befinden, darunter mancher Vertriebene und Flüchtling.

. . . daß der Fürsorgeaufwand je Kopf der Bevölkerung unseres Fürsorgebezirks im Monatsdurchschnitt des letzten Jahres mit 1,44 DM errechnet wurde.

. . . daß sich unter jeweils tausend Einwohnern 435 berufstätige Personen befinden.

. . . daß 65 Prozent der Erwerbspersonen der Berufsgruppe Industrie und Handwerk angehören.

. . . daß bereits 74 Prozent aller Haushaltungen eine Rundfunkgenehmigung besitzen.

. . . daß ein Volksschullehrer durchweg 48 Schulkinder zu unterrichten hat, was sich natürlich nach teilig auf den Unterricht unserer Kinder auswirkt.

. . . daß jeder Bürger unseres Steuerbezirks im Rechnungsjahr 1951/52 mit 104,41 DM Gemeindesteuern belastet wurde, bei einem Durchschnitt von 90,65 DM pro Person in Nordrhein-Westfalen.

. . . daß nach dem Finanzausgleich 1952 jedoch eine Steuerkraftmeßziffer je Kopf der Bevölkerung unseres Finanzbezirks im Rechnungsjahr 1952 mit 71,67 DM errechnet wurde, bei einem Landesdurchschnitt von 55,59 DM je Person.

Verkehrsunterricht in den Schulen lohnt sich doch

Regelmäßige Aufklärungsarbeit ließ Todesziffer von Kindern sinken

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat es sich in Verbindung mit den Verkehrswachten angelegen sein lassen, dem Schutz des Kindes im Straßenverkehr ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. So wurde u. a. bereits vor längerer Zeit der obligatorische Verkehrsunterricht durch einen Erlaß des Kultusministeriums eingeführt.

Zur Unterstützung des Unterrichts haben die Schulen allerlei Anschauungsmaterial erhalten. Darüber hinaus gibt die Zeitschrift „Schulverkehrswacht" den Lehrern Stoff und Anregung für einen möglichst praktischen Verkehrsunterricht. Die Erfolge all dieser Maßnahmen zeigten sich an folgenden Zahlen:

	1949	1950	1951	1952
Straßenverkehrsunfälle:	42 674	67 659	90 914	102 432
Verletzte Kinder:	4 537	5 906	7 357	7 992
Getötete Kinder:	381	259	266	253

So hat sich mit der Zunahme der Verkehrsunfälle, zum Teil bedingt durch die rapide Zunahme der Kraftfahrzeuge, die Zahl der verletzten Kinder zwar vergrößert, jedoch nicht im Verhältnis zum Ansteigen der Unfälle. Die Zahl der getöteten Kinder dagegen ist seit 1949 beträchtlich zurückgegangen.

Prozentual betrug der Anteil der Kinder an Verkehrsunfällen:

	Verletzte:	Getötete:
1949	17,0 v. H.	25,1 v. H.
1950	14,4 v. H.	17,1 v. H.
1951	12,9 v. H.	14,5 v. H.
1952	11,8 v. H.	12,6 v. H.

Dahlerbrück

Ein Fall von Kameradendiebstahl

In einem Dahlerbrücker Betrieb wurde einem Arbeitskameraden aus einem Spind eine Armbanduhr entwendet. Hoffentlich gelingt es, den Täter festzustellen.

Kierspe

Drei Radioapparate entwendet

Bisher unbekannte Täter zerschlugen die Schaufensterscheibe des Radiogeschäfts Saal in Kierspe-Bhf., Friedrich-Ebert-Straße, und entwendeten aus der Schaufensterauslage 3 Radioapparate im Gesamtwert von etwa 700,— DM. Die Täter führten einen Pkw bei sich, dessen Kennzeichen erkannt wurde, doch stellte es sich heraus, daß dieser Wagen kurz vorher in Priorei entwendet worden war.

Rönsahl

Weil das Pferd plötzlich anzog

In einem benachbarten Ort der Gemeinde Klüppelberg ereignete sich wieder ein tragischer Unglücksfall. Ein mit Frucht beladener Wagen wurde in die Scheune des Bauern P. gefahren und das Abladen desselben begann. Das im Wagen eingespannte Pferd wurde durch die Fliegen unruhig und zog plötzlich den Wagen an. Der auf dem Wagen befindliche Arbeiter B. stürzte kopfüber auf die gepflasterte Scheunendiele. Der sofort herbeigeholte Arzt stellte eine Gehirnerschütterung und Brustquetschung fest. B. mußte sofort dem Krankenhaus in Wipperfürth zugeführt werden.

Ehre dem Alter

Fabrikant Ernst Langenscheidt vollendet jetzt sein 72. Lebensjahr; wir gratulieren.



3000 qkm Ackerland wurden Wald

dpa. Göttingen, 11. August

Der „Göttinger Arbeitskreis" ostdeutscher Wissenschaftler hat an Hand polnischer Statistiken ermittelt, daß in den acht Jahren polnischer Verwaltung in Schlesien, Pommern und Ostpreußen fast 3000 qkm Ackerland „verwaldet" sind. Das ist mehr als die Gesamtfläche des Großherzogtums Luxemburg. Angaben über Bodenflächen, die infolge von Versumpfung oder Nichtbearbeitung verlorengegangen sind, werden in den Statistiken nicht gemacht. In der Warschauer Zeitschrift „Gospodarka Modna" sei aber kürzlich erklärt worden, daß allein im Flußgebiet der Leba seit mehreren Jahren über 50 qkm Wiesen und Weiden nicht mehr bearbeitet und gemäht worden seien.

SPD: „Im Papen-Stil"

dmt. Bonn, 11. August

Zu den vom Bundespostministerium verfügten Einschränkungen bei Postwurfsendungen schreibt der Pressedienst der SPD, diese scheinbar aus der Sorge um den geregelten Postbetrieb erlassene Anordnung erinnere an ähnliche Willkürakte zur Zeit des Reichskanzlers von Papen. „Glaubt das Postministerium, das als staatliche Einrichtung nun so offenkundig Partei für die Regierungskoalition nimmt, durch solche Polizeiverordnungen die Unterrichtung der Bevölkerung durch die Opposition verhindern zu können?" fragt der SPD-Pressedienst. Die Verordnung zeuge „ganz von jenem Geist, der, wenn der 6. September keine Wandlung bringe, der Anfang vom Ende der jungen deutschen Demokratie sein werde".

Syngman Rhee: Nach Norden marschieren!

Botschaft an das koreanische Volk — 1050 alliierte Kriegsgefangene gestorben

dmt. Tokio, 11. August

Der südkoreanische Staatspräsident Syngman Rhee erklärte in einer Botschaft an das koreanische Volk, die USA hätten ihm militärische Hilfe zum Ausbau der koreanischen Streitkräfte versprochen. Diese müßten, so fügte Syngman Rhee hinzu, bereit sein, nach Norden zu marschieren, sobald sich die Gelegenheit dazu bieten werde.

Ueber den Umfang und den Zeitpunkt der amerikanischen Hilfe sagte der Staatspräsident nichts. Er betonte jedoch ein zweites Mal: „Unsere Streitkräfte müssen körperlich und seelisch bereit sein, zu marschieren, wenn der Zeitpunkt gekommen ist", im übrigen betonte Syngman Rhee in dieser Botschaft, die offenbar nur für das koreanische Volk bestimmt zu sein schien — denn an die Auslandspresse wurde sie nicht gegeben und es existiert auch keine Uebersetzung davon —, daß die südkoreanische Regierung den Waffenstillstand nicht behindern werde.

Der Sender Peking meldete am Dienstagmorgen, daß die Kommunisten der Waffenstillstandskonferenz eine Liste von 1050 alliierten Kriegsgefangenen überreicht hätten, die in den Lagern in Nordkorea gestorben seien.

Große Einfuhren sollen Kaffeepreis senken

Welthandel bereitet sich auf Mengenkonjunktur vor

ho. Bonn, 11. August

Das Bundeswirtschaftsministerium will sofort die Einfuhrmöglichkeiten für Kaffee in großem Umfange erweitern, damit die Kaffee-Importeure sich die preisgünstigsten Offerten aussuchen können.

Voraussagen über den endgültigen Kaffeepreis können noch nicht gemacht werden, da zunächst die großen Vorräte des Kaffeehandels abgestoßen werden müssen, ehe konkurrierende billige ausländische Angebote den Preis beeinflussen können. Das werde wohl in aller Kürze der Fall sein, meinen Kaffee-Importeure, da sich der Welthandel auf eine Mengenkonjunktur in der Bundesrepublik gefaßt mache. Man rechne sogar damit, daß der Bundeswirtschaftsminister damit den Steuerausfall mehr als ausgleichen werde.

Die Einfuhrfreigaben sollen sich neben Brasilien auch auf Kaffee aus Mittelamerika erstrecken. Man glaubt in Bonn nicht daran, daß die von Brasilien, dem größten deutschen Kaffeelieferanten, gemachten Angaben über große Ausfälle durch Frostschäden stimmen, sondern vermutet, daß Brasilien damit den Kaffeepreis heraufreiben will, um sein fast 100 Mill. Dollar betragendes Defizit im Handelsvertrag mit der Bundesrepublik auszugleichen. Der vergrößerte Kaffeeimport aus Südamerika soll auch das in letzter Zeit stagnierende deutsche Exportgeschäft wieder ankurbeln.

Kommunisten studieren Geheimakten

Der amerikanische Senator McCarthy teilte mit, daß ein Mitglied der kommunistischen Partei Zugang zu den Geheimakten der amerikanischen Atomenergiekommission und des amerikanischen Nachrichtendienstes habe. Das Beweismaterial hierfür liege einem Untersuchungsausschuß vor, der in einer Geheimsitzung vier Zeugen vernahm. Die Namen der Zeugen wurden von McCarthy nicht genannt. Der republikanische Senator Dirksen erklärte dazu, der Ausschuß sei auf „eine Spur gekommen, die zu Enthüllungen führen könnte, die die Sicherheit der USA betreffen".

Die britische Regierung wird 500 Tonnen Kleidungsstücke nach Berlin schicken. Darüber hinaus soll zur Finanzierung der Ferienkinder-Luftbrücke nach Westdeutschland 1000 Pfund Sterling zur Verfügung gestellt werden.

Semjonow macht Ferien in der Zone

SED reorganisiert Pankow — 41 000 Austritte aus FdGB

gk. Berlin, 11. August

Der sowjetische Hochkommissar Semjonow hat sich zu einem kurzen Urlaub nach Schmöckwitz in der Mark Brandenburg begeben, wo er bei einer Motorbootfahrt von Kindern eines Ferienlagers erkannt wurde. Auf Bitten der Kinder soll Semjonow das Lager besucht und den Besuch eines sowjetischen Kulturensembles versprochen haben.

Gleichzeitig läuft die Reorganisation der Sowjetzonenregierung auf vollen Touren. Die drei Ministerien für Schwer-, Transport- und Landmaschinenbau sind wieder zu einem einzigen Ministerium zusammengelegt worden. Der Minister für Transportmaschinenbau Weinberger wurde wieder in das Amt für Reparationen zurückversetzt. Das neue Ministerium soll dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Industrie-Koordinierungschef, Rau, unterstellt werden.

In Pankow hat die letzte Entwicklung des ostzonalen Gewerkschaftsbundes FdGB schwere Besorgnis ausgelöst. Denn seit dem 17. Juni sind fast 41 000 Arbeiter aus dem FdGB ausgetreten. In manchen Schwerpunktbetrieben hat fast ein Viertel der Belegschaft die Gewerkschaft verlassen.

Seit dem 17. Juni sind nur 920 ehemalige Sowjetzonenflüchtlinge ins russische Besatzungsgebiet zurückgekehrt. In der gleichen Zeit sind etwa 35 000 Menschen nach Westberlin geflohen.

Rudenko wird Berija anklagen

dmt. Stockholm, 11. August

Nach Berichten aus Stockholm laufen die Vorbereitungen für den Berija-Prozeß bereits auf Hochtouren. Die Anklage wird wahrscheinlich durch den neuen Generalstaatsanwalt der Sowjetunion, Rudenko, vertreten. Rudenko war in Nürnberg sowjetischer Hauptankläger. Er bekleidet gegenwärtig den Rang eines Armeegenerals. In Georgien, der Heimat Berijas, sind bereits Resolutionen gefaßt worden, in denen für Berija, diesen „Feind des georgischen Volkes", die härteste Strafe gefordert wird.

Franzosen räumen Nasan

dmt. Hanoi, 11. August

Die französischen Truppen haben ihren großen militärischen Stützpunkt Nasan im Nordwesten von Indochina geräumt. Die Befestigungsanlagen wurden zerstört.

Die Truppen in Stärke von etwa zwei Bataillonen wurden auf dem Luftwege aus der belagerten Festung herausgebracht. Wie das französische Oberkommando mitteilte, wurde die Räumung von General Navarre befohlen, ohne daß sich der Druck der Aufständischen verstärkt hätte.

Wyschinski weiß nichts Neues

dmt. New York, 11. August

Der sowjetische UNO-Chefdelegierte Wyschinski traf am Dienstag in Begleitung der elf Mitglieder seiner Delegation an Bord der „Queen Mary" in New York ein. Wyschinski sagte bei seiner Ankunft: „Es tut mir leid, ich weiß nichts Neues." Der sowjetische Chefdelegierte wird noch vor Beginn der UNO-Vollversammlung am 17. August mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammerskjoeld, mehrere Besprechungen führen. Zum südkoreanischen Beobachter bei der UNO-Vollversammlung wird Außenminister Yung Tam ernannt.

Prachtvolle weiße Seidentücher und in Rosenholzkästchen eingelassene Porzellanschalen überreichte ein japanischer Attaché den Männern der Bonner Polizei, die den Kronprinzen Akihito bei seinem Besuch begleitet hatten. Der Bonner Polizeichef erhielt einen Dankesbrief des Oberhofmarschalls.

5000 japanische Angestellte des amerikanischen Luftstützpunktes Tachikawa traten aus Protest gegen die Entlassung von mehreren hundert Arbeitskollegen in einen 24stündigen Streik. Am Mittwoch werden weitere 120 000 Angestellte die Arbeit für 48 Stunden niederlegen.



Bekanntmachung

über die Auslegung der Wählerverzeichnisse und über die Ausgabe von Wahlscheinen in den Gemeinden Halver und Schalksmühle zur Bundestagswahl am 6. September 1953.

I. Zeit und Ort der öffentlichen Auslegung

Die Wählerverzeichnisse für die Bundestagswahl werden vom Sonntag, dem 16. August 1953 bis Sonntag, dem 23. August 1953 zur allgemeinen Einsicht öffentlich ausgelegt. An Werktagen von 7.30 bis 12.30 Uhr und von 14 bis 18.30 Uhr. An Sonn- und Feiertagen von 10 bis 12 Uhr in Halver, Amtshaus, Zimmer 2, und in Schalksmühle, Verwaltungsgeschäftsstelle, Viktoriastraße 6.

II. Einsprüche

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann dagegen Einspruch innerhalb der angegebenen Auslegungsfrist erheben.

Personen können nur auf rechtzeitigen Einspruch in das Wählerverzeichnis aufgenommen oder darin gestrichen werden.

Der Einspruch ist bei der unten angegebenen Behörde schriftlich oder durch Erklärung zur Niederschrift einzulegen und zu begründen. Für behauptete Tatsachen müssen die erforderlichen Beweise beigebracht werden. Für das Verfahren bei Einsprüchen gelten die Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung (§ 14 Bundeswahlgesetz und §§ 9, 10 Bundeswahlordnung).

III. Einsichtnahme — Wahlbenachrichtigung

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist. Daher soll es niemand versäumen, sich durch Einsehen des Wählerverzeichnisses zu vergewissern, daß er eingetragen ist und alle ihn betreffenden Angaben vollständig und zutreffend sind.

Alle in das Wählerverzeichnis eingetragenen Personen erhalten bis spätestens am Tage vor der Auslegung eine besondere Benachrichtigung über ihre Eintragung.

Sie haben damit die Gewißheit, daß sie in das Wählerverzeichnis eingetragen sind und können sich dadurch den Weg zur Auslagestelle ersparen. Wer keine Wahlbenachrichtigungskarte bekommt, muß zur Sicherung seines Wahlrechtes das Wählerverzeichnis einsehen und ggf. Einspruch erheben. Die Benachrichtigung ist sorgfältig aufzubewahren und bei der Stimmabgabe mitzubringen. Der Wahlberechtigte kann allerdings auch wählen, wenn er die Benachrichtigung nicht mehr besitzt. Der Wahlvorsteher kann verlangen, daß er sich über seine Person durch Personalausweis ausweist. Wer kein Wahlrecht besitzt, wird durch den Empfang der Benachrichtigung nicht zur Teilnahme an der Wahl berechtigt.

IV. Wahlscheine

1. Wahlscheine für die Wahl können in der Zeit vom 24. Aug. 1953 bis 3. Sept. 1953 in Halver, Amtshaus, Zimmer 2, und in Schalksmühle, Verwaltungsgeschäftsstelle, Viktoriastraße 6, beantragt werden. Der Antrag ist zu begründen, der Grund zur Ausstellung ist glaubhaft zu machen.
2. Ein Wahlberechtigter, der in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein,
   a) wenn er sich am Wahltag während der Wahlzeit aus wichtigem Grunde außerhalb seines Wahlbezirkes aufhält,
   b) wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt,
   c) wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Wahlschein die Möglichkeit erhält, in einem für ihn günstiger gelegenen Raum zu wählen.
3. Ein Wahlberechtigter, der nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen oder darin gestrichen ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein,
   a) wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist das Wahlrecht durch den Wegfall eines Ausschlußgrundes erlangt hat,
   b) wenn das Wahlrecht erst nach Abschluß des Wählerverzeichnisses im Einspruchverfahren festgestellt wird.
4. Für das Verfahren bei der Antragstellung gelten die Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung (§§ 16, 17 Bundeswahlgesetz und §§ 12, 13, 15 Bundeswahlordnung).
5. Es wird gebeten, den Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheines möglichst frühzeitig zu stellen.

Halver, den 10. August 1953.

Der Amtsdirektor
I. V.: gez. Filling

Amtliche Bekanntmachung

In der Zeit vom 25. 8. bis 10. 9. 1953 finden im Amtsbezirk Halver Herbstmanöver statt. Sofern Manöverschäden auftreten, sind diese binnen 48 Stunden auf Zimmer 9 des Amtshauses anzumelden.

Der Amtsdirektor
I. V. Filling.

KONSUMGENOSSENSCHAFT REMSCHEID
e. G. m. b. H.

Aus Anlaß der

Eröffnung

unseres **neuen Ladens in Halver** findet am **Donnerstag, dem 13. August 1953, abends 19.30 Uhr, im Hotel zur Post** eine

Genossenschaftsversammlung

statt, zu der wir alle Mitglieder und Kunden recht herzlich einladen.

Unsere **neue Verteilungsstelle in Halver,** in der **Frankfurter Straße 8** wird am Freitagmorgen, dem **14. August 1953 eröffnet.**

Bitte besuchen Sie uns. Sie werden überrascht sein!

DER VORSTAND

Rund um den Pelz

3 Tage Sonderangebot direkt aus Frankfurt

Große Verkaufsausstellung in Pelzmänteln, Besatzfellen, Colliers usw.
Eine einmalige Großstadtauswahl!
Individuelle Zahlungserleichterung!

Halver, Gasthof zum Jägerhaus
(Lückmann Telefon 512)
Donnerstag, 13. 8. 53 bis einschl. Sonnabend, 15. 8. 53 durchgehend geöffnet von 10 bis 20 Uhr

„Capra-Pelze"
Frankfurt-Rüsselsheim / Main
Auslieferungslager für das Rheinland
Fritz Ludwig · Kürschnermeister
Hückeswagen, Islandstraße 2





Vasen
in Keramik, Porzellan und Kristall in großer Auswahl
ab DM -.85
With. Bell jr.
Halver

ELEKTRO-Waschmaschine Modell 45
DM 289.- sofort frei Haus.
Teilzahlung. – Viele Dankschreiben!
Verlangen Sie Gratisprospekt von:
Erich GRAUMANN, Rummenohl / L. W

Eine gute Handelsvertretung?
Klar, die gibt's! **„Der Industrie- und Handelsvertreter"** (Beilage des bekannten Offertenblattes „Zentralmarkt") bringt jede Woche über 140 freie Vertretungen, Generalvertretungen u. lohnende Zusatzvertretungen. Probenummer kostenl. v. Max-Schimmel-Verlag, Würzburg.

Pinelenbeck
18 karätiges Gold, mit dem Stempel 750, wird in allen Ländern der Erde, sowohl bei Uhren wie beim Schmuck, bevorzugt. Ein Beweis für die Bewährung.
Dortmund - Westenhellweg 45